

Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis

Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis

gem. § 81 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Eingang

PKZ

Sachbearbeiter/in

Lichtbild

grundsätzlich
biometrietauglich!

35 x 45 mm

**Bitte mitbringen,
nicht aufkleben!**

Hinweis: Die Beantragung eines Aufenthaltstitels hat für jede Person – auch für Kinder – auf einem eigenen Vordruck zu erfolgen (§ 81 AufenthG).

Antragsteller / Antragstellerin

 Herr

 Frau

Familiename, ggf. frühere(r) Name(n)			
Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland	
Staatsangehörigkeit		eventuell frühere Staatsangehörigkeit(en)	
Volkszugehörigkeit (Angabe freiwillig)		Religion (Angabe freiwillig)	Augenfarbe
		Größe cm	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet	seit <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft lebend	
<input type="checkbox"/> geschieden	seit <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> verwitwet	seit <input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/> getrennt lebend	seit <input type="checkbox"/>
Telefon	Fax	E-Mail	

Einreise und Aufenthalt

Ersteinreise am	Angaben über Visum nur bei erster Antragstellung notwendig <input type="checkbox"/> ohne Visum <input type="checkbox"/> mit nationalem Visum		
<input type="checkbox"/> mit Schengen-Visum		<input type="checkbox"/> mit Aufenthaltstitel, ausgestellt von einem anderen EU-Mitgliedstaat	
Visum ausgestellt von		am	
Visum Nr.	gültig von	gültig bis	Aufenthaltsdauer
Zustimmung zum Visum durch			
Wohnsitz(e) derzeitiger Wohnsitz in Deutschland: Straße, Hausnummer, PLZ, Ort			
zugezogen von (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		am	
Frühere Aufenthalte in Deutschland		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Bundesland)	
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Bundesland)	
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Bundesland)	
Wohnsitz im Ausland (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
Staat		<input type="checkbox"/> wird nicht beibehalten	<input type="checkbox"/> wird beibehalten

Familienangehörige

Ehegatte / eingetragener Lebenspartner nach LPartG

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

eventuell frühere Staatsangehörigkeiten

Volkszugehörigkeit (Angabe freiwillig)

Religion (Angabe freiwillig)

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

aufenthaltsrechtlicher Status

gültig bis

Aufenthaltserlaubnis

Niederlassungserlaubnis /
Erlaubnis zum Daueraufenthalt - EU

Asylberechtigt

sonstiger aufenthaltsrechtlicher Status

Bezeichnung

gültig bis

Kinder des Antragstellers (weitere Kinder bitte auf gesondertem Beiblatt angeben)

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

1

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

2

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

3

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Eltern des Antragstellers

Vater: Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Mutter: Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Aufenthaltszweck

Zweck des Aufenthalts in Deutschland

Studium / Ausbildung Erwerbstätigkeit Völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe

Familiäre Gründe Besondere Aufenthaltsrechte Sonstiger Zweck

Nähere Erläuterung: z.B. Ausbildungsbetrieb, Hochschule, Familienangehörige usw.

Der Aufenthaltszweck hat sich seit der letzten Erteilung eines Aufenthaltstitels

nicht geändert geändert (bitte begründen)

Begründung

Beabsichtigte Dauer des Aufenthalts

von (Datum) bis (Datum) Sonstiges

Sicherung des Lebensunterhalts

Lebensunterhalt

Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?

Nehmen Sie Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II, Hartz IV, Sozialhilfe, Wohngeld etc.) in Anspruch?

nein ja (wenn ja, bitte aktuellen Leistungsbescheid beifügen) Betrag EUR monatlich

Sonstige Betrag EUR monatlich

Krankheit / Krankenversicherung

Leiden Sie an Krankheiten? (nur bei erster Antragstellung)

nein ja, an Bezeichnung der Krankheit

Besteht für Sie Krankenversicherungsschutz in Deutschland?

nein ja, bei Versicherungsträger

Rechtsverstöße

Hinweis: Ausländerbehörden erhalten gem. § 41 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes über das Bundeszentralregister und das Erziehungsregister (BZRG) unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister. Es sind daher in diesem Antrag **alle** Vorstrafen – auch solche nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 BZRG – anzugeben. Das Verschweigen von Vorstrafen im Antrag kann strafrechtlich verfolgt werden und zu Geld- oder Freiheitsstrafen führen.

Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt? nein ja

in Deutschland im Ausland

Datum Gericht

Grund

Art und Höhe der Strafe

Weitere Verstöße bitte auf gesondertem Blatt angeben.

Wird gegen Sie wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt? Wurde öffentliche Klage erhoben?

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> in Deutschland	<input type="checkbox"/> im Ausland	Ermittelnde Behörde
-------------------------------	-----------------------------	---	-------------------------------------	---------------------

Wurden Sie bereits aus Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat ausgewiesen oder abgeschoben?

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	von (Staat)	am
-------------------------------	-----------------------------	-------------	----

Wurde ein Einreiseantrag von Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat abgelehnt?

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	von (Staat)	am
-------------------------------	-----------------------------	-------------	----

Wurde ein Antrag auf einen Aufenthaltstitel / eine Aufenthaltsgenehmigung von Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat abgelehnt?

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	von (Staat)	am
-------------------------------	-----------------------------	-------------	----

Förderung der Integration (Angaben nur bei 1. Antragstellung notwendig)

Angaben nur erforderlich bei

- Einreise / Aufenthalt zu Erwerbszwecken (§§ 18, 21 AufenthG)
- Familiennachzug (§§ 28, 29, 30, 32, 36, 36a AufenthG)
- Einreise als langfristig Aufenthaltsberechtigter nach § 38a AufenthG
- Aufenthalt aus humanitären Gründen (§ 25 Abs. 1, 2, 4a Satz 3 oder § 25b AufenthG)

Ich habe hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (Niveau A 2)

Ich kann mich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen

Ich befinde mich in einer beruflichen oder sonstigen Ausbildung als (Bitte Nachweise beifügen)
Art der Ausbildung

Ich nehme an einem Bildungsangebot im Bundesgebiet teil, das einem Integrationskurs vergleichbar ist. (Bitte Nachweise beifügen)

Ich habe keine deutschen Sprachkenntnisse

Ich nehme eine schulische Ausbildung auf oder setze meine bisherige schulische Ausbildung fort (Bitte Nachweise beifügen)

Die Teilnahme an einem Integrationskurs ist mir auf Dauer unmöglich oder unzumutbar, weil (Bitte Nachweise beifügen)
Begründung

Wichtige Hinweise nach § 54 Abs. 2 Nr. 8, 9 und § 82 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- ich nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz ausgewiesen werden kann, wenn ich in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wird, im In- oder Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransit-Visums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung mache oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörde mitwirke.
- unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er gegen Rechtsvorschriften verstößt, wozu auch unvollständige und unrichtige Angaben zum vorstehenden Sachverhalt gehören (§ 54 Abs. 2 Nr. 9 Aufenthaltsgesetz). Ein erteilter Aufenthaltstitel kann zurückgenommen werden.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Hinweise zur Datenerhebung

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG).

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

Ort, Datum

eigenhändige Unterschrift